Arbeitgeber verlangen Agenda für mehr Wachstum

30.03.26

Arbeitgeber verlangen Agenda für mehr Wachstum

Bruttoinlandsprodukt 2025: Spaltung in der Hauptstadtregion nimmt zu

Die Wirtschaft ist 2025 nur teilweise vorangekommen, bemängelt UVB-Hauptgeschäftsführer Alexander Schirp. Nach der Vorlage der neuesten Zahlen zum Bruttoinlandsprodukt in den Bundesländern zog er ein kritisches Fazit. Die Ursache für die Flaute sei „die schwache Weltwirtschaft, die von Unsicherheit und Handelskonflikten gebremst wird“. Hinzu kämen hausgemachte Strukturprobleme. „Wir brauchen so schnell wie möglich eine Agenda für neues Wachstum und mehr Innovationen, sowohl im Bund als auch in den Ländern. Zudem müssen Berlin und Brandenburg ihre Potenziale in den Bereichen Wissenschaft und Hightech stärker nutzen, um die Unternehmen zu stärken.“

Bei den Firmen dominiert Pessimismus

Den Blick nach vorne wertete Schirp als „ernüchternd“. Konkrete Reformschritte stünden noch aus, und der Krieg im Iran sei für die Unternehmen eine schwere Hypothek. „In unserer Frühjahrsumfrage befürchten 39 Prozent der UVB-Mitgliedsverbände eine weitere Verschlechterung der Geschäfte. Eine spürbare Besserung erwartet nur knapp jede zehnte Branche.“

Berlin steht im Vergleich der Länder gut da, aber 1,1 Prozent mehr Wachstum sind zu wenig für die Anforderungen der Hauptstadt.

Berlin wächst im zwölften Jahr in Folge stärker als der Bund und schafft es auf Platz zwei im Bundesländer-Vergleich. Das geht Schirp zufolge auf die Dynamik in den Sparten Bau, IT und Dienstleistungen zurück.

„Diese Zahl klingt allerdings besser, als sie ist“, befand der Hauptgeschäftsführer. Ein um 1,1 Prozent höheres BIP reiche nicht aus, um die Investitionskraft der Stadt zu stärken und die Arbeitslosigkeit zu senken.

„Das sehen wir auch am Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Beschlüsse wie die Ausbildungsplatzabgabe schwächen das Vertrauen von Unternehmen und Investoren in den Standort weiter.“

Brandenburg im Minus - wie schon 2023

Brandenburg rutsche mit einem Minus von 0,2 Prozent beim BIP wieder in die roten Zahlen. Im bundesweiten Vergleich sei das ein Abstiegsplatz. „Vor allem die Probleme im Verarbeitenden Gewerbe trüben die Bilanz“, erklärte Schirp.

„Anderen Branchen, etwa dem Dienstleistungssektor, ist es nicht gelungen, diesen Malus auszugleichen. Die neue Landesregierung muss dringend dazu beitragen, die Industrie zu stabilisieren. Hier setzen wir auch auf Impulse von Seiten der Bundesregierung.“

Disclaimer

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb.

Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.

- Auf Xing teilen
- Auf Facebook teilen
- Auf X teilen
- Auf LinkedIn teilen

- Drucken
- Als PDF speichern

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] uvb-online.de

Download VCF